

An die
Österreichische Bundesregierung
An Herrn Bundesminister Dr. Josef Ostermayer
An Herrn Bundesminister Sebastian Kurz
An das Präsidium des Nationalrats

Wien, 05.11.2014

Per Email an: kultusamt@bka.gv.at
Mit Kopie an: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Stellungnahme des „Vereins für Interkulturelle Kindergartenpädagogik“ zum Entwurf des neuen Islamgesetzes

Der *Verein für Interkulturelle Kindergartenpädagogik (IKIP)* hat 2013 seinen regulären Betrieb aufgenommen und die Gründung der sechssemestrigen berufsbegleitenden *BAKIP 12 – Kolleg für Berufstätige* eingeleitet. Wir bieten eine Ausbildung zur Kindergartenpädagogin und sehen uns als interkulturelle und innovative Schule. Mittlerweile unterrichten wir den zweiten Jahrgang.

Der vorgelegte Entwurf für eine Novellierung des Islamgesetzes erfüllt uns mit großer Sorge. In einer Zeit, in der Muslime in Österreich immer stärker haftbar gemacht werden für Ereignisse, die in anderen – islamischen - Ländern stattfinden, in der eine Haltung der Indifferenz gegenüber islamophoben und muslimfeindlichen Angriffen, Beleidigungen und Vorwürfen sich in alle Schichten der Gesellschaft auszubreiten scheint, wird ein solches Gesetz kaum zu einem entspannteren sozialen Klima beitragen. Vielmehr birgt es die Gefahr, dass Muslime sich noch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt sehen.

Als Einrichtung für Kindergartenpädagoginnen beobachten wir mit Besorgnis, dass auch in den Medien muslimische Kindergruppen, Kindergärten, Schulen und der islamische Religionsunterricht immer häufiger diffamiert werden. Ein Gesetz, das einen Generalverdacht gegen Muslime impliziert, ist hier kontraproduktiv.

Wir sehen uns als Österreicher, auch wenn nicht alle von uns in diesem Land geboren sind. Wir stehen zu dieser Gesellschaft und wollen einen nützlichen Beitrag zur Integration der neuen muslimischen Generation leisten. Bisher waren wir stolz auf die Errungenschaften Österreichs. Gerade der Vergleich mit dem Nachbarland Deutschland machte uns stets klar, dass sich die österreichische Politik durch eine besondere Sensibilität im Umgang mit verschiedenen Religionen und Kulturen auszeichnet.

Wir wünschen uns, dass Österreich weiterhin diese Vorreiterrolle spielt. Dazu gehört in erster Linie, dass das Vereinsleben der Muslime nicht behindert werden darf. Alle Signale, die auf eine stärkere Kontrolle der Vereine hinweisen und kirchenähnliche Strukturen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft etablieren wollen, werden das Gegenteil bewirken. Wir befürchten, dass in der jüngeren Generation das Misstrauen gegenüber den etablierten Institutionen zunehmen könnte. Dort, wo Menschen kontrolliert werden und sich bevormundet fühlen, entsteht erst recht ein diffuses Protestpotenzial. Viele von uns haben selbst (oder ihre Eltern) in der islamischen Welt ähnliche Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger erlebt und sich fest vorgenommen: „Eine solche Entwicklung? Nicht mit uns!“

In der Gesetzesvorlage ist uns besonders unangenehm die Stellung der neu zu begründenden Theologie an der Universität aufgefallen. Wie kann es sein, dass der Glaubensgemeinschaft kein eindeutiges Mitspracherecht bei der Besetzung der dortigen Professuren zugesprochen wird? So sehr es zu begrüßen ist, dass eine moderne und offene Theologie an der Universität entwickelt wird, so sehr betrachten wir es doch mit Sorge, dass diese Theologie in die Hände einer von der Basis abgehobenen interessengeleiteten und ideologisierten Gruppe gerät. Sieht man sich ähnliche Entwicklungen in Deutschland an, so kommt man nicht umhin, festzustellen, dass dort offensichtlich eine staatlich modellierte Theologie das Selbstverständnis der Muslime beeinflussen soll. Wir gehen davon aus, dass genau dies ein Verstoß gegen die wissenschaftliche Freiheit der Lehrenden darstellt. Zu einer zeitgenössischen islamischen Theologie gehört unbedingt ein Ernstnehmen der Quellen: Was sind die Quellen des Islams? Wie sind Muslime Jahrhunderte mit diesen umgegangen? Nur darauf aufbauend können neue Antworten entwickelt werden, die manchmal - aber nicht zwingend immer – die Vorgaben der klassischen Theologie überschreiten.

Wir setzen unsere Hoffnung in den Gesetzgeber, dass er seine historische Chance wahrnimmt, dieses Gesetz zu stoppen. Treten Sie bitte mit Verhandlungen auf Augenhöhe in erneuten Dialog mit den Muslimen – transparent und unter Einbeziehung ihrer Institutionen und Bildungseinrichtungen!

Verein für Interkulturelle Kindergartenpädagogik (IKIP)
BAKIP–12 Kolleg für Berufstätige
Reschgasse 20-22
1120 Wien

Halime Edipoglu (Schulerhalterin)
Rukiye Badem-Mazarweh (Administration)
Irene Ansari (Buchhaltung)
Frank Bornemann
Mag. DDR. Tibor Altenberger
Lisa Bachmann
Hüsna Bozkurt
Aura Aichholzer
Hamza Roik